

## Josef Schüßlburner

### Rechtsstaat und Nationalstaatskonzeption als zentrale Punkte einer rechten politischen Position gegen den Linkstrend im demokratischen Zeitalter

*Wir stehen mitten im Aufstand eines Zeitalters eindeutig linker Fanatismen.*<sup>1</sup>

(Stand: 15.10.2024)

Ideologisch wird die Welt der Politik von der politischen Linken dominiert. Dies dürfte mit der Demokratie an sich zusammenhängen, deren Verwirklichung in der Moderne - als Beginn derselben ist insofern mit dem Diktator bzw. Freiheitshelden *Oliver Cromwell*,<sup>2</sup> spätestens jedoch mit der Französischen Revolution anzusetzen - das wesentliche Anliegen der politischen Linken darstellt. Diese Linken verstehen sich daher als die geborenen Demokraten, wie insbesondere dadurch belegt ist, daß sich im Deutschland des 19. Jahrhunderts nur die Sozialdemokraten explizit als „Demokraten“ bezeichnet haben.<sup>3</sup> Allerdings sollte dabei nicht verkannt werden, daß die linke Demokratiekonzeption zumindest in der Tendenz auf das hinausläuft, was als „totalitäre Demokratie“ bezeichnet worden ist.<sup>4</sup> Dies erklärt, weshalb aus der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, also aus diesen bekennenden „Demokraten“, dann im 20. Jahrhundert der massenmörderische Kommunismus hervorgehen konnte,<sup>5</sup> welcher sein brutales Herrschaftsregime als besondere bzw. eigentliche Demokratie, „Volksdemokratie“ genannt, schließlich konkret auch als „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“), verstanden hat.

Die Gegenkonzeption hierzu beruht auf einer Synthese politisch linker und rechter politischer Konzeptionen und Anliegen: „Demokratie entwickelte sich aus einem ungeordneten Konglomerat an Ideen und Praktiken, die sich oft genug widersprachen.“<sup>6</sup> Die sich daraus schließlich ergebende Synthese des demokratischen Rechtsstaats hat Demokratie erst eher gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum dem gemacht, was heute allgemein - und zu Recht - darunter positiv verstanden wird. Zentral ist dabei das Verfassungsprinzip der Ausübung rechtmäßiger politischer Opposition als wesentliche Unterscheidung einer freien Demokratie, dem demokratischen Rechtsstaat, von der linken Demokratiekonzeption, die auf eine demokratische Einheitsmeinung als „Demokratie“ abzielt.<sup>7</sup>

Der mittlerweile in der BRD fest etablierte „Kampf gegen rechts“, der amtlich mit dem Instrument „Verfassungsschutz“ parallel zum „zivilgesellschaftlichen“ „Antifaschismus“ in einer linksfaschistischen Weise als Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ durchgezogen

---

<sup>1</sup> So *Gerhard Szczesny*, Das sogenannte Gute, 1973, S. 20 f.

<sup>2</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Oliver\\_Cromwell](https://de.wikipedia.org/wiki/Oliver_Cromwell)

<sup>3</sup> S. dazu allerdings den 3. Teil der Serie zur Sozialismus-Bewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie** <https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-3>

<sup>4</sup> S. dazu den 2. Teil der Serie zur Sozialismus-Bewältigung: **Totalitäre Demokratie – Die Demokratiekonzeption der sozialistischen Linken** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/01/SoziBwltg-II-totalitDemokr.pdf>

<sup>5</sup> Als besonders abschreckendes Beispiel sei Kambodscha genannt; s. dazu den 12. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Das Genozid der 68er: Sozialistischer Umerziehungsextremismus in Kambodscha** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/11/SoziBwltg-XII-PolPot.pdf>

<sup>6</sup> So *Hedwig Richter*, Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 4. Auflage, 2021, S. 11.

<sup>7</sup> S. dazu den 34. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Recht auf Opposition als wesentlicher Unterschied zwischen freier und totalitärer Demokratie** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/03/Surrog34-Demoabgrz.pdf>

wird,<sup>8</sup> impliziert die Gefahr, daß der politisch rechte Beitrag an der Synthese des demokratischen Rechtsstaats mit der Bezeichnung Demokratie verdrängt, also der Meinungspluralismus einer freien Demokratie durch die amtlich angestrebte demokratische Einheitsmeinung ersetzt wird. Diese damit verbundene Auflösung der Synthese des demokratischen Rechtsstaats (also Demokratie mehr adjektivisch verwendet) hat zur Folge, daß dann unter dem Deckmantel „Demokratie“ sich der Totalitarismus des politisch linken Anliegens durchsetzen kann<sup>9</sup> wie dies vor allem in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile festzustellen ist. Damit ist der Weg für die Rückkehr linker Fanatismen geebnet.

Zu dieser Einschätzung sieht man sich vor allem aufgrund der unbestreitbaren Tatsache veranlaßt, daß die für die totalitäre DDR-Diktatur mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl hauptverantwortliche LINKE trotz dieser - allerdings nicht als wirklich bewältigungsbedürftig angesehenen - Vergangenheit derzeit im politischen System der Bundesrepublik Deutschland fest etabliert ist und dabei zur schleichenden Herstellung linker Unfreiheit durch Beschränkung des weltanschaulich-politischen Pluralismus versucht, sich als eigentliche bundesdeutsche Verfassungsschutzpartei<sup>10</sup> zu betätigen: Verfassungsfeindlich firmiert dies als „Kampf gegen rechts“, der getrieben vom DDR-Ideologieprodukt „Antifaschismus“ mit seinem „antifaschistischen Schutzwall“ trotz der Millionen von Opfern, die der Kampf gegen „Rechtsabweichler“<sup>11</sup> oder „Revisionisten“ in kommunistischen Regimes wie etwa in der Volksrepublik China hervorgerufen hat, sogar amtlich völlig unsensibel betrieben wird.<sup>12</sup> Die sich abzeichnende mögliche Selbstauflösung der SED-Transformation Die Linke ist zu dieser Analyse des Durchbruchs linker Fanatismen kein Gegenargument, weil der Niedergang dieser extremen Linken wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß deren als „Demokratie“ firmierender Fanatismus mittlerweile von der politischen „Mitte“ wie insbesondere der wanderwitzigen CDU auch durch eine stillschweigende Rückkehr zum christlichen Sozialismus<sup>13</sup> abgedeckt ist. Dieser hilft zur Not eine Kommunistische Plattform, die derzeit als BSW firmiert.

---

<sup>8</sup> S. dazu etwa das Gutachten des Verfassers zum SWG-Fall: Gedankenpolizeilicher Verfassungsschutz-extremismus in Hamburg <https://www.swg-mobil.de/wp-content/uploads/2024/01/SWG-Gutachten-Digital.pdf>

<sup>9</sup> Dazu bietet sich die DDR-Verfassung von 1949 als geschickte linksextreme Nachbildung des Grundgesetzes als Alternative an; s. dazu den 9. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Die DDR-Verfassung von 1949 – Warnung vor einer linken Fortentwicklung des Grundgesetzes** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/07/VfgDisk9-DDR49.pdf>

<sup>10</sup> S. die entsprechende Aussage der stellvertretenden Chefin der Bundestagsfraktion, Petra Pau, in: *Handelsblatt* vom 20.03.2006, S. 4: Verfassungsschutz hat Lafontaine im Visier. Linkspartei steht unter Beobachtung - Fraktionschef Gysi kritisiert „Machtmißbrauch“; dieser „Mißbrauch“ ist natürlich gehorsamst ziemlich schnell von der „Mitte“ widerrufen worden, um umso ungenierter wirklichen Mißbrauch gegen rechts zu betreiben, der jedoch nicht als solcher eingestuft, sondern als Demokratieförderung ausgerufen wird.

<sup>11</sup> Der chinesische Schriftsteller *Yang Xianhui* hat ihnen unter anderen mit dem immerhin beim Suhrkamp-Verlag 2009 auf Deutsch erschienen Buch: *Die Rechtsabweichler von Jianbiangou. Berichte aus einem Umerziehungslager, ein Denkmal gesetzt; mangels Selbsterkenntnis (de te fabula narratur)* stellt dies natürlich keinen Grund dar, den Kampf gegen rechts in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen; s. dazu auch den 13. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Der „Kampf gegen rechts“ in der Volksrepublik China – Massenmord und Menschenexperiment** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/11/SoziBwltg-XIII-Chinaggrechts.pdf>

<sup>12</sup> S. dazu auch den 30. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat, wo aufgezeigt wird, daß methodisch eine kommunistische Verfolgungskategorie vom bundesdeutschen VS aufgegriffen wird: **Der Vorwurf des „Revisionismus“ durch den bundesdeutschen „Verfassungsschutz“ und in kommunistischen Regimes** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/11/Surrog30-Revisionismusverbot.pdf>

<sup>13</sup> S. dazu den 18. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/12/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialism.pdf>

Der ideologische Erfolg der politischen Linken kann nicht zuletzt neben zahlreichen anderen Erscheinungen an dem eigenartigen Linksprojekt des „Genderismus“ aufgezeigt werden, welches man dabei nicht als ziemlich verrückt kennzeichnen darf, obwohl sich dabei sogar die Vorstellung aufzutut, daß sich die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verwirklichung der linken Gleichheitskonzeption auch biologisch angleichen sollten. Dies erinnert an die Utopie von *Gabriel de Foigny*,<sup>14</sup> der 1676 in La Terre Australe eine von sanften Hermaphroditen bevölkerte Insel ersann, die nur einen Haß kennen: den Haß auf die Heterosexuellen, die sie als halbe Monster betrachten.<sup>15</sup> Es wird in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich ein linkes ideologisches Ressentiment gegen Normalität gepflegt, was damit zu erklären ist, daß die Normalität nun einmal nach rechts ausgerichtet ist: Da gibt es im Zweifel keine Gleichheit, sondern nur Unterschiede!

### **Linkstrend der Mitte (etwa der CDU zur kommunistischen Plattform)**

Es ist dabei bestürzend, daß die selbsterklärte „Mitte“ weder die Anmaßungen der Partei einer linken Diktatur mit dem sie kennzeichnenden „antifaschistischen Schutzwall“ noch die Absurditäten einer amtlichen Ideologie der Geschlechtsangleichung zurückweist, sondern sich als „Die Sozis von der CDU“<sup>16</sup> anschickt, sich freiwillig in die Position einer zumindest ideologischen Blockpartei begeben zu wollen, in der sie mit der politischen Linken um die Verwirklichung linker Anliegen, wie etwa die Integration der ganzen Menschheit und ganzer Weltreligionen im Bundesgebiet ringt, was dabei unter apartheidartigem Ausschluß der deutschen politischen Rechten aus dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland erfolgt.<sup>17</sup> Mit dem Schlagwort der „bunten Republik“, das von einem als Bundespräsident gescheiterten CDU-Politiker geprägt wurde, wird dabei der politische Pluralismus der Einheimischen, welcher an parteipolitisch konnotierten Farben (die „Schwarzen“, die „Roten“ und ausdrücklich: „Die Grünen“) festzumachen ist, durch einen linksgerichteten Hautfarbenpluralismus bei Ausgrenzung von Gruppierungen von Deutschen ersetzt, die wohl die (zumindest) relative Mehrheit derselben darstellen.

Wie weitgehend in der Bundesrepublik Deutschland der Linkstrend fortgeschritten ist, kann man vielleicht daraus entnehmen, daß sich CDU / CSU nicht mehr einen Wahlkampfslogan erlauben könnten wie „Freiheit statt Sozialismus“.<sup>18</sup> Und dies, obwohl dieser Slogan derzeit, d.h. bei einer parlamentarischen Vertretung der SED im Deutschen Bundestag und der Etablierung einer kommunistischen Plattform als Koalitionspartner der CDU und einer ganz selbstverständlichen überwältigenden Medienpräsenz dieser ehemaligen Diktaturpartei im bundesdeutschen sozialisierten Rundfunksystem sicherlich berechtigter wäre, als in der Zeit,

---

<sup>14</sup> S. zu diesem: [https://de.wikipedia.org/wiki/Gabriel\\_de\\_Foigny](https://de.wikipedia.org/wiki/Gabriel_de_Foigny)

<sup>15</sup> S. dazu und zur (Links-)Utopie generell: *Friedrich Pohlmann*, Das Elend der Utopien, in: <https://www.merkur-zeitschrift.de/artikel/das-elend-der-utopien-a-mr-62-5-399/>

<sup>16</sup> So die erhellende Titelgeschichte des Magazins *Zuerst* in der Ausgabe vom Februar / März 2014.

<sup>17</sup> Neben zahlreichen anderen Beispielsfällen sei vorliegend auf die auf dieser Website behandelten Fälle Danubia: **Extremismus als Mode. Der Fall »Sascha Jung« und die Bekämpfung der Münchner Burschenschaft Danubia im Freistaat Bayern**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Extremismus-als-Mode.pdf> und auf den Fall der SWG:

**Gedankenpolizeilicher Verfassungsschutzextremismus in Hamburg**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/02/SWG-Gutachten-Druckversion.pdf> hingewiesen.

<sup>18</sup> S. dazu den 1. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: „**Freiheit oder Sozialismus!**“ – eine gebotene politische Auseinandersetzung?

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/12/SoziBwltg-I-FreistattSoz.pdf>

wo er tatsächlich verwandt worden ist und dabei der CDU / CSU den höchsten Stimmenanteil der Nach-Adenauer-Zeit verschafft hatte. Allerdings hat die sog. Christdemokratie aus dem damaligen Erfolg nichts gemacht: Statt der versprochenen „geistig-moralischen Wende“ zur individuellen Selbstverantwortung der Bürger gab es die Wende der CDU zum Sozialdemokratismus, also zum staatlichen Betreuungs- und Bevormundungs- und vor allem Staatsschuldensystem. Würde die CDU / CSU den antisozialistischen Slogan nunmehr verwenden, würde ihr sofort der europäische Währungssozialismus mit massiven nachteiligen finanziellen Verpflichtungen für den deutschen Wahlbürger entgegengehalten werden können, den maßgeblich diese „Mitte“ zu vertreten hat.

Die konkreten massiven Freiheitsbeschränkungen der Bundesrepublik Deutschland wie langjährige Haftstrafen wegen „Leugnen“ und „Relativieren“<sup>19</sup> gehen mit auf die linksgerichtete CDU-Politik zurück. Auch Parteiverbotsverfahren wegen Gedankenguts, das man in der Tat nicht mögen muß, geht wesentlich auf CDU-Politiker zurück, wobei sich dies deshalb als schwerwiegend darstellt, weil ein Parteiverbot das zentrale Mittel einer gegen die Freiheit gerichteten neuzeitlichen Diktatur darstellt, aber in der bundesdeutschen „Dialogkultur“ - natürlich nur „gegen rechts“ - gewissermaßen als ein Normalfall einer Demokratie dargestellt wird: mit bewußtem Kollateralschaden am politischen Pluralismus.<sup>20</sup> Mittlerweile ist die ins Linksextreme abgleitende „Mitte“ sogar zur Zusammenarbeit mit einer kommunistischen Plattform bereit, wenn es sich dabei vermeiden läßt, die Mitte-Rechts-Erfolgskoalition der Adenauer-Zeit aufzugreifen. Stattdessen macht die CDU den Wanderwitz und fordert DDR-konform das Verbot der politischen Opposition, was sie zumindest in Form des etablierten Parteiverbotersatzregime,<sup>21</sup> das von der Mitte-Gerichtbarkeit immer noch nicht als solches anerkannt ist, auch permanent praktiziert. Dafür steht ihr Mitglied, der Verfassungskleriker *Haldenwang*<sup>22</sup> als Präsident der entsprechenden Bundeseinrichtung, der als politischer Beamter von der SPD-Zeitschriftenverbotsextremistin *Faeser* zur staatlich angestrebten Verminderung des Wahlergebnisses für die politische Opposition<sup>23</sup> dringend benötigt wird.

Wenn ein Parteiverbot, das in den normativen Wirkungen sich viel einschränkender darstellt als ein Parteiverbot im sogenannten Obrigkeitsstaat,<sup>24</sup> als Normalfall von Demokratie erscheint,

---

<sup>19</sup> S. dazu etwa:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/volksverhetzung-horst-mahler-zu-sechs-jahren-haft-verurteilt-1.488513>

<sup>20</sup> S. dazu den 10. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Beabsichtigter Kollateralschaden für den politischen Pluralismus oder: Demokraten gegen die Demokratie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/10/VerbKrit10.pdf>

<sup>21</sup> S. dazu die Übersicht der entsprechenden Serie auf dieser Website:

<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-uebersicht>

<sup>22</sup> „Ich habe die Politik der Bundesregierung unterstützt, auch im Jahr 2015. Zu meinem christlichen Weltbild gehört es, dass man Menschen in der Not hilft. Da hat Deutschland 2015 Beachtenswertes geleistet“; hier zitiert nach *Martin Wagener*, Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen, 2012f., S. 188 f.; *Haldenwang* hat sich demnach nicht mit dem Hinweis auf Europarecht herausgeredet, sondern sich auf seine persönlichen Moralauffassungen ausgerichtet, die er als „Verfassung“ versteht.

<sup>23</sup> Die entsprechende demokratiefeindliche Aussage (die sich selbstverständlich in keinem VS-Bericht finden wird), wonach der Verfassungsschutz „nicht allein“ dafür zuständig sei, die Umfragewerte der AfD (gemeint: deren Wahlergebnisse, *Anm.*) zu senken: „Aber wir können die Bevölkerung wachrütteln, wir können Politiker wachrütteln“, ist von Bundeskanzler Scholz (SPD) trotz seiner Verpflichtung auf die freiheitliche demokratische Grundordnung verteidigt worden:

<https://web.de/magazine/politik/kanzler-scholz-verteidigt-kommentare-verfassungsschutzchefs-afd-38393904>

<sup>24</sup> Darauf hat der Verfassungsrechtler *E.-W. Böckenförde*, Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, 1976, S. 91, FN 77 hingewiesen: „Z.B ist das Parteienrecht des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates unter dem Gesichtspunkt der rechtlichen Freiheit betrachtet, schlechter als dasjenige der Sozialistengesetze im Bismarckreich... Dem monarchisch-autoritär verfaßten Bismarckreich ist es

dann handelt es sich tendenziell um eine Demokratiekonzeption, die mehr an „DDR“, denn an das erinnert, was dem mündigen Bürger bislang im Sozialkundeunterricht (oder wie immer dieses Fach bezeichnet wurde) als „Demokratie“ vermittelt worden ist. Wenn die bestehende deutsche demokratische Republik mit der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ angesichts dieser Situation trotzdem noch nicht als eine „verbesserte“ Neuauflage einer „Deutschen Demokratischen Republik“ eingestuft werden kann, dann liegt dies weniger an einem konzeptionellen Gegengewicht gegen links, sondern neben den rechtsstaatlichen Beständen der deutschen Verfassungstradition mehr an der Tatsache, daß die Realität nun einmal rechts ist. Letzteres könnte besonders am privaten Verhalten der Vertreter der politischen Linken aufgezeigt werden, die ihre Kinder auf Privatschulen und nicht in Integrationsklassen schicken, wenn sie sich dies persönlich etwa als Abgeordnete ausgestattet mit entsprechenden Diäten leisten können.

Allerdings erscheint es nicht angezeigt, sich darauf zu verlassen, daß sich die (rechte) Realität gegen linke Fanatismen wie von selbst durchsetzen wird: Eine Haltung, die häufig von Vertretern der politischen Mitte eingenommen wird und in der Tat wohl sogar die Essenz dessen ausmacht, was man ideologisch als „Mitte“ definieren könnte. Diese im Ergebnis doch nur nach links vermittelnde Erwartung der politischen Mitte liefe dabei auf die Annahme hinaus, daß Ideen und politische Konzeptionen keine Bedeutung hätten. Erkennt man deren Bedeutung an - und ohne diese Prämisse müßte man vor allem die Politikwissenschaft von vornherein vergessen - dann stellt sich die Frage nach den Gründen für den ideologischen Erfolg der politischen Linken und es ist die Frage zu beantworten, weshalb man sich, dem Attentismus der politischen Mitte zuwider, der politischen Linken überhaupt entgegenstellen soll und mit welchen zentralen Argumenten dies geschehen könnte.

### **Was ist links und was rechts? Die Bedeutung des Gleichheitsprinzips**

Die Beantwortung dieser Frage setzt zunächst eine Bestimmung der grundlegenden politischen Positionen voraus: „Das, was die Rechte von der Linken unterscheidet, ist tatsächlich nur ein einziger Aspekt: die Vorstellung hier von der zu erhaltenden und naturgegebenen, dort von der zu beseitigenden, weil nur durch die Verhältnisse bedingten, Ungleichheit der Menschen.“<sup>25</sup> Auch wenn die Kategorien „links“ und „rechts“ in der nunmehr gebrauchten Weise erst im Zuge der Französischen Revolution als maßgebliche (partei-)politische Kategorien bis heute fortwirkend als solche definiert wurden, beschreiben diese Begriffe universelle Erscheinungen der Menschheitsgeschichte, wie nicht zuletzt der Verfasser in seinem einschlägigen Büchlein<sup>26</sup> zu seiner Zufriedenheit aufgezeigt hat.

---

demgegenüber nicht in dem Sinn gekommen, wegen der Unvereinbarkeit politischer Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei mit seiner eigenen Wertgrundlage über das Verbot der Parteivereine, ihrer Versammlungen und Druckerzeugnisse hinaus auch die Freiheit der Stimmabgabe für sozialdemokratische Kandidaten, ihre Teilnahme an den politischen Wahlen aufzuheben oder gar errungene Reichstagsmandate zu kassieren“; s. zur daraus sich ergebenden geschichtlichen Einordnung der BRD den 5. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Die Bundesrepublik - der freieste Staat der deutschen Geschichte?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-5.pdf>

und den 14. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Parteiverbotskonzeption und deren Auswirkungen als permanent wirkende Ersatzverbotssystem: Ist die Bundesrepublik Deutschland wirklich der freieste Staat der deutschen Geschichte?** [https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat\\_Teil-14.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-14.pdf)

<sup>25</sup> So *Szczesny*, a. a. O., ebenda.

<sup>26</sup> *Josef Schüßlburner, Konsensdemokratie. Die politische „Mitte“ als Demokratieproblem*, Neuauflage 2024, Reihe Kaplaken, Band 24, Verlag Edition Antaios (Gebundene Ausgabe), 8,50 Euro ISBN: 9783935063944



Was politisch rechts ist, kommt etwa schon im Buch der Wandlungen, dem maßgeblichen Werk des Konfuzianismus, klar zum Ausdruck:

Nachdem Himmel und Erde entstanden waren, gab es die Zehntausend Wesenheiten. Nachdem die Zehntausend Wesenheiten ins Dasein getreten waren, gab es die beiden Geschlechter Männlich und Weiblich. Nachdem die beiden Geschlechter Männlich und Weiblich ins Dasein getreten waren, gab es Ehemann und Ehefrau. Nachdem Ehemann und Ehefrau entstanden waren, gab es Vater und Sohn. Nachdem Vater und Sohn entstanden waren, gab es Fürst und Untertan. Nachdem Fürst und Untertan sich herausgebildet hatten, gab es (die Verhältnisse von) Oben und Unten. Und nachdem (die Verhältnisse von) Oben und Unten entstanden waren, bekamen Ritual und Rechtlichkeit ihren Ansatzpunkt.<sup>27</sup>

Rechts ist demnach die Annahme der Notwendigkeit gesellschaftlich-politischer Hierarchien, die sich ganz natürlich aus der Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Menschen ergeben. Diese Hierarchien müssen in die Form einer politischen Herrschaft, die modern als Staat strukturiert ist, also in eine rechtliche Ordnung gebracht werden, um das den Menschen jeweils mögliche Kulturniveau verwirklichen zu können.

Was dagegen links ist, kommt erhellend in der Beschreibung des Reiches Uttarakuru zum Ausdruck,<sup>28</sup> das in einem auf Indien zurückgehenden chinesischen Text beschrieben ist. Dieses Reich ist geprägt von Herrschaftslosigkeit (*wu-chün*: Fürstenlosigkeit), ein Zustand, der erreicht ist, wenn alle Menschen gleich aussehen und daher alle Menschen gewissermaßen eine Familie darstellen. Es gibt kein Eigentum: Weil die Menschen von gleicher Form sind, kann jeder des Anderen Gewand anziehen. Familien im eigentlichen Sinne gibt es jedoch nicht; wenn ein Kind geboren wird, wird es ausgesetzt und von allen gemeinsam aufgezogen, wobei zur Vermeidung von Altershierarchien ein schnelles Erwachsenwerden garantiert ist. Sexualbeziehungen, welche die Linke gerne zu einem politischen Problem macht, sind ziemlich einfach; nur wenn die Gefahr droht, daß sich biologisch enge Verwandte (die sich ja nicht als solche kennen) einander hingeben sollten, beugen sich die Bäume und warnen vor der Verletzung des Inzesttabus, was in dieser asiatischen Utopie das einzige darstellt, was noch an Familie im eigentlichen, d.h. rechten Verständnis erinnert. Da sich diese eigentlichen Familienmitglieder ansonsten nicht kennen, geschieht die Beerdigung nach dem Tod, der alle Menschen - dem Postulat der sozialen Gerechtigkeit entsprechend, müßte man bundesdeutsch hinzufügen - im gleichen Alter erreicht, ziemlich pietätlos und ohne weitere Trauer: Das nicht nur gleiche, sondern identische Schicksal ist dann nicht besonders beklagenswert.

Bemerkenswert ist, daß es sich bei dieser Utopie, die sämtliche Erscheinungen ausblendet wie Naturkatastrophen, die ein ungleiches Schicksal hervorrufen, um eine ziemlich primitive Agrargesellschaft handelt, was sich zur Vermeidung arbeitsteiliger Hierarchien als Grundlage der politischen Herrschaft wohl zwingend aus der als links zu kennzeichnenden

---

<https://antaios.de/gesamtverzeichnis-antaios/reihe-kaplaken/1106/konsensdemokratie.-die-politische-mitte-als-demokratieproblem>

<sup>27</sup> S. bei *Wolfgang Bauer*, China und die Hoffnung auf Glück. Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen in der Geistesgeschichte Chinas, DTV-Verlag, München 1974, S. 189.

<sup>28</sup> S. *Bauer*, a. a. O., S. 232 ff.; s. dazu auch den Beitrag des Verfassers in *eigentlich frei*: Chiliastischer Sozialismus in China. Herrschaftslosigkeit durch absolute Gleichheit. Ein Besuch im Reich Uttarakuru <https://ef-magazin.de/2020/09/05/17473-chiliastischer-sozialismus-in-china-herrschaftslosigkeit-durch-absolute-gleichheit>

Gleichheitsvorstellung ergibt.<sup>29</sup> Hervorzuheben ist zudem, daß die allgemein proklamierte Menschenliebe ausgerechnet auf Kosten der konkreten Familie verwirklicht werden muß, wo bei realistischer Betrachtung die menschliche Liebe ihre größte Verwirklichungschance hat: Damit alle Menschen Brüder sind, darf man die wirklichen Brüder nicht kennen, weil dies zu gleichheitswidrigen Bevorzugungen führen könnte! Das Eigene im engeren Sinne der Familie, aber vor allem im weiteren Sinne einer weitgehend per Abstammung bestimmten Nation muß daher entschieden negiert werden. Nach BRD-Ideologie des linken Verfassungsschutzes soll dies von der Menschenwürde geboten sein.

## **Demokratie-Ideologie als politischer Vorteil der Linken**

Ist die vorgenannte Beschreibung von „links“ und „rechts“ zutreffend, dann stellt sich die Frage, was die Linke dann so attraktiv macht, steht doch „rechts“ für den aus arbeitsteiligen Hierarchien und Ungleichheiten hervorgehenden naturwissenschaftlich-technischen und damit wirklichen Fortschritt, der sich als allgemeiner Wohlstand äußert, während links zwar Herrschaftslosigkeit und damit eine besondere Freiheit verspricht, die aber durch eine relativ primitive Gesellschaftsordnung erkaufte werden müßte. Zudem ist es zumindest eine offene Frage (die aber von rechts klar verneinend beantwortet wird), ob sich das linke Projekt überhaupt verwirklichen läßt. Jedoch: „Die Vorstellung von der natürlichen und daher endlich zu verwirklichenden Gleichheit ist eine Menschheitsidee geworden, gegen die keine völkische, rassischen und ständischen Vorstellungen mehr durchzusetzen sind. Wir stehen mitten im Aufstand eines Zeitalters eindeutig linker Fanatismen ... Gegenüber dieser weltweiten Bewegung einer radikalen, die Macht im Namen der Gleichheit und Brüderlichkeit anstrebenden Linken sind alle Noch- oder Nur-Konservatismen und -Faschismen Sekten abseits der Geschichte.“<sup>30</sup>

Die Erklärung für den ideologisch-politischen Erfolg der Linken dürfte letztlich darin liegen, daß die Entwicklung zur neuzeitlichen Demokratie ideologisch von einer linken Grundtendenz getragen ist, die sich in Normalzeiten, zumindest auf einer ideologischen Ebene als überwältigend darstellt. Die Entwicklung zur modernen Demokratie beruht nämlich auf der Politisierung des an sich transzendent und moralisch gedachten Gleichheitsgedankens des Christentums.<sup>31</sup> Diese religiöse Grundtendenz, welche die moderne Demokratie ideologisch trägt, gipfelt bei *Tocqueville*, der diese Entwicklung am genialsten analysiert hat, in der Aussage: „Die Demokratie aufhalten zu wollen, erschiene dann als Kampf gegen Gott selbst.“<sup>32</sup> *Tocqueville* hat damit einen welthistorischen Vorgang identifiziert, der darin besteht, daß anscheinend irreversibel allein ein demokratischer Herrschaftsanspruch als legitim angesehen

---

<sup>29</sup> S. dazu auch die Darlegungen zum utopischen Denker Japans im 16. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Die weltweite Ähnlichkeit der Linksideologie dargestellt am Beispiel des japanischen Utopisten Andō Shōeki (1703-1762)** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-16.-Teil.pdf> sowie bei *eigentümlich frei*: Andō Shōeki. Der asiatische Utopist. Mit der Übergangsgesellschaft kommt der Terror <https://ef-magazin.de/2021/03/20/18349-and-sheki-der-asiatische-utopist>

<sup>30</sup> S. *Szczesny*, a. a. O., ebenda, wobei hier dessen grundsätzlich linke Diktion hier unkommentiert wiedergegeben sein soll.

<sup>31</sup> Wobei hier wohl von Anfang an eine kommunistische Tendenz mitgewirkt hat, die ebenfalls eine christliche Grundlage hat; s. dazu den 19. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Christliche Grundlagen des Kommunismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/12/SoziBwltg-XIX-ChristKommism.pdf>

<sup>32</sup> S. *Alexis de Tocqueville*, Über die Demokratie in Amerika, Reclam-Ausgabe 1990, S. 16 ff.

wird.<sup>33</sup> Wie allerdings von *Tocqueville* ebenfalls analysiert, ist dieser - von ihm selbst nicht als solchen bezeichnete - Linkstrend in der weiteren Entwicklung äußerst bedrohlich, weil er letztlich auf die Gleichheit des - natürlich demokratischen - Denkens zumindest im Sinne eines rigiden ideologisch-moralischen Konformitätsdrucks gerichtet ist und dabei bei konsequenter Handhabung eine Herrschaftsform kreiert, die man mit *Vollrath* als „okzidentale Despotie“ begrifflich erfassen kann.

Die Gleichheitsidee erscheint deshalb attraktiv, weil mit dieser Gleichheit politische Herrschaft aufzuhören scheint: Wenn jeder mit jedem übereinstimmt, also alle gleich, nämlich im Sinne der angestrebten demokratischen Einheitsmeinung demokratisch denken, braucht man keinen staatlichen Zwangsapparat mehr: Der Staat stirbt danach ab, je gleicher die Menschen sind und Freiheit im Sinne der Linkskonzeption verwirklicht sich. Diese Grundtendenz, die das Linkssein an sich kennzeichnet und das Freiheitsverständnis dieser Strömung als Freiheit durch umfassende und mehr oder weniger gewaltsam zu erzwingende Gleichheit bestimmt, ist selbstverständlich als grundsätzlich „totalitär“ einzustufen.<sup>34</sup>

Allein dies stellt schon einen hinreichenden Grund dar, dieser Tendenz entschieden entgegenzutreten. Aufgrund der massiven Opfer bei der Verwirklichung linker politischer Anliegen<sup>35</sup> erscheint es völlig verfehlt, mit der politischen Mitte abzuwarten, daß sich dem Realitätsprinzip entsprechend auch in einem Linksregime schließlich rechte Tendenzen durchsetzen, wie dies etwa mit Militarismus und Geheimdiensttätigkeit kommunistischer Regime in Erscheinung getreten ist.<sup>36</sup> Schließlich hatte sich zur Abwehr des bevorstehenden Zusammenbruchs, wie dies bei einem konsequenten Linksregime zu erwarten ist, etwa die Bildungspolitik der berüchtigten „DDR“ zu spät durchgerungen, eine auf Vererbung von intellektuellen Fähigkeiten gestützte Leistungsgesellschaft anzustreben.<sup>37</sup>

Geboten ist es, die Menschheit gar nicht mehr in eine derartige Situation zu bringen, in der ein Linksregime im Interesse seines Selbsterhalts in einer sehr entfremdeten Weise und sehr verfremdet rechte Tendenzen aufgreifen muß, wie sich dies derzeit vor allem mit dem Wirtschaftssystem der kommunistischen Volksrepublik China darstellt; denn trotz eines derartigen linken „Kompromisses mit der (rechten) Wirklichkeit“ bleibt der weltanschaulich-politisch totalitäre Charakter eines Linksregimes bestehen.<sup>38</sup>

---

<sup>33</sup> So *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff.; dieser führt dies auf das „Vernunftprinzip“ zurück und verkennt dabei die quasi-religiöse Grundierung des Demokratismus; ob Demokratie den Rationalitätsanforderungen entspricht, die mit „Moderne“ assoziiert werden, darf zumindest mit *Michael Th. Greven*, Ist Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1993, S. 399 ff., bezweifelt werden; allein die Vorstellung (oder Illusion?) von Partizipation trägt danach den Demokratiegedanken.

<sup>34</sup> S. dazu auch 37. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Verfassungsschutz als Wegbereiter der „totalitären Demokratie“** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/09/Surrog37-TotalVS.pdf>

<sup>35</sup> Neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen, die aber politisch auch nicht so viel zu bewirken scheinen, s. vor allem: *Stéphane Courtois / Nicolas Werth / Jean-Louis Panné / Andrzej Paczkowski / Karel Bartosek / Jean Louis Margolin*, Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression, Paris 1997; dt. Ausgabe: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von *Joachim Gauck / Ehrhart Neubert*, 4. Auflage, München / Zürich 2000.

<sup>36</sup> Wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß dieser Militarismus im Revolutionsmythos der politischen Linken angelegt ist; die kommunistische Affinität zum Inlandsgeheimdienst geht schon auf die *Comites de Surveillance* der Französischen Revolution zurück.

<sup>37</sup> S. dazu den Beitrag von *Volkmar Weiss*, Gleichheit oder IQ - das Dilemma der Wissenschaftler, in: *Zwanzigste Etappe*, 2010, S. 13 ff. <https://etappe.org/ausgaben/beispiel-seite/>

<sup>38</sup> S. dazu den 15. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Chinas langer Weg zum Maoismus – das linke Element in der chinesischen Geistestradiation**



## Zielsetzung gegen die Linkstendenz

Wie kann der dominierenden Linkstendenz, die als „totalitäre Demokratie“,<sup>39</sup> gerade im Kontext des demokratischen Gleichheitsgedankens wohl unvermeidbar mit unterschiedlicher Maskerade wie derzeit vor allem mit dem „Genderismus“ und „Kampf gegen rechts“ zur Verwirklichung drängt, wirksam entgegengetreten werden? Aufgrund der von *Tocqueville* beschriebenen säkular-religiösen / zivilreligiösen Tendenz wäre es unklug, unabhängig von der politischen Überzeugung, weil letztlich völlig unwirksam, eine derartige Gegentendenz gegen die demokratische Gleichheit gerichtet zu formulieren, wie dies noch im 19. Jahrhundert beim Nationalliberalismus als möglich angenommen werden konnte. Dieser hatte sich angesichts der Tendenzen zu einer totalitären Demokratie nicht zuletzt aufgrund entsprechender Erfahrungen in der 1848er Revolution und angesichts der mit DDR-Potential<sup>40</sup> einhergehenden Ideologie der klassischen Sozialdemokratie<sup>41</sup> veranlaßt gesehen, von der Idee der Demokratie überhaupt Abstand zu nehmen. Dies läßt sich der Aussage des national-liberalen Fraktionsführers im Deutschen Reichstag, *Ernst Bassermann*, entnehmen, als er forderte, sich eingedenk zu sein „unserer Geburtsstunde, in der liberale Männer ... der Demokratie absagten und ihre eigenen nationalliberalen Wege gingen.“<sup>42</sup> Der (National-)Liberalismus hat sich stattdessen - erfolgreich - auf die rechtsstaatliche Ausgestaltung des sog. Obrigkeitsstaats beschränkt,<sup>43</sup> der seine Legitimität als System einer Politie im Sinne von *Aristoteles* vor allem aus der Erinnerung an den totalitären *terreur* der großen Französischen Revolution bezog, der sich um 1848 in Deutschland scheinbar zu wiederholen drohte. Ein derartiger Ansatz, die Linkstendenz durch Abwehr weiterer Demokratisierung in Schranken zu weisen, was im 19. Jahrhundert noch möglich schien, verbietet sich angesichts der im Sinne von *Tocqueville* weiter entfalteten Demokratieentwicklung bei Verschwinden der Legitimität einer alternativen Konzeption.<sup>44</sup> Klar ist jedoch, daß die notwendige Gegentendenz, die schon aufgrund der Selbstverortung der Anhänger der entsprechenden Gleichheitsidee als „links“, notwendigerweise eben als „rechts“ einzustufen sein wird.

Dabei könnte, neben anderen Aspekten, schon ökonomisch gegen die Demokratie eingewandt werden, daß ein Privatunternehmen von der Größe eines staatlichen Haushalts zumindest nicht in der Rechtsform der Genossenschaft mit gleichem Stimmrecht für alle Genossen unabhängig

---

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-15.pdf>

<sup>39</sup> So die Kennzeichnung des linken Projektes von Demokratie bei *Jacob Talmon*; s. nunmehr: Die Geschichte der totalitären Demokratie 1 - 3 (Wege Der Totalitarismusforschung) hgg. von *Uwe Backes*.

<sup>40</sup> Eine reichsweite DDR durch Umsetzung sozialdemokratischer Vorstellungen wurde luzide vorausgesagt in der klassischen Schrift des Linksliberalen *Eugen Richter*, Sozialdemokratische Zukunftsbilder frei nach Bebel, Berlin 1891.

<sup>41</sup> S. dazu etwa *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, 1964, s. dort die Zusammenfassung auf S. 291 ff.; sowie: *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964.

<sup>42</sup> S. *Lothar Gall*, Bürgertum in Deutschland, 1989, S. 436.

<sup>43</sup> S. dazu den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/04/VfgDisK8-rverfl871.pdf>

<sup>44</sup> S. dazu auch den 11. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Legitimität der deutschen konstitutionellen Monarchie nach der Preußischen Verfassungsurkunde von 1850 im zeitgenössischen Kontext**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/11/VfgDisk11-preussVfg-1850.pdf>

von der Kapitaleinlage betrieben werden würde, sondern zur Vermeidung einer strukturellen Insolvenzgefahr aller Wahrscheinlichkeit nach als Aktiengesellschaft, d.h. mit Stimmrecht für die Unternehmensorgane dem Kapitaleinsatz entsprechend. Dies würde verfassungsrechtlich im Sinne einer notwendigerweise rechten Konzeption auf ein nach Steuerleistung gewichtetes Stimmrecht zu den politischen Vertretungsorganen hinauslaufen. In der Tat war die Befürchtung, die noch die - nachträglich allerdings zu „Demokraten“ gemachten - amerikanischen Verfassungsväter<sup>45</sup> vor den „levelling tendencies of democracy“ hatten,<sup>46</sup> daß bei der demokratischen Gleichheit die überwiegende Mehrheit der Nettoschuldner die Minderheit der Nettogläubiger überstimmen und damit zum Schaden der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zumindest schleichend enteignen würde. Die derzeitige Staatsschuldenkrise, wesentlich bedingt durch die „soziale Gerechtigkeit“ der politischen Linken, die sich dann die zunehmend nur noch nach links vermittelnde Mitte als bequemen Weg angeeignet hat, könnte vielleicht als Bestätigung für diesen rechten Ansatz der Demokratiekritik angesehen werden.

Diesem daraus als naheliegend abzuleitenden Gedanken, daß man im Interesse der wirtschaftlichen Rationalität, die im Kontext einer arbeitsteiligen Gesellschaft nun einmal von den Ungleichheiten und Verschiedenheiten der Menschen getragen ist, eine nichtdemokratische Herrschaftsform anstreben müsse, steht allerdings schon eben die von einer fast unüberwindlich einzustufenden religiösen Unterströmung getragene Tendenz entgegen, deren Überwindung einen erheblichen Aufwand erforderlich machen und sich schon deshalb auch nicht unbedingt als ökonomisch darstellen würde.

### **Demokratie als Machtprämie der Linken?**

Die Schwierigkeit, eine rechte Opposition gegen den robusten politischen Linkstrend zu formulieren, könnte strukturell damit zu erklären sein, daß sich die Konzeption der Demokratie möglicherweise nicht als so neutral und ergebnisoffen darstellt, wie man dies etwa von einem Gericht annimmt, das den Parteien eines Prozesses Chancengleichheit gewähren muß. Vielmehr muß doch unterstellt werden, daß eine demokratische Ordnung mehr der linken Partei als der rechten Richtung eine Machtprämie im Sinne eines ideologischen Machterwerbsvorteils verschafft:

Wenn nämlich als treibendes Motiv der Rückkehr zur Demokratie in der europäischen Neuzeit mit *Tocqueville* die Politisierung des als transzendent und moralisch gedachten christlichen Gleichheitsgedankens ausgemacht werden muß, muß auch davon ausgegangen werden, daß Demokratie eine Prämie für die politische Linke ausstellt und damit ein „Linkstrend“ als gewissermaßen in der Logik von Demokratie liegend ausgemacht werden kann, weil die als Utopie politisch säkularisierte transzendente Gleichheitsvorstellung bis zum Kommunismus gehend<sup>47</sup> als kennzeichnend für die politische Linke festzustellen ist.

---

<sup>45</sup> S. dazu auch den 10. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine (weitere) rechte und liberale Verfassungsoption: Rezeption der Verfassung der USA**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/09/VfgDisk10-USVfg.pdf>

<sup>46</sup> S. dazu: *Forrest McDonald*, *Novus Ordo Seclorum*. The intellectual Origins of the Constitution, 1985.

<sup>47</sup> S. dazu den 19. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Christliche Grundlagen des Kommunismus**  
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/12/SoziBwltg-XIX-ChristKommism.pdf>

Wie kann dann zwar demokratiekonform, aber doch gegen den der Demokratie anscheinend immanenten Linkstrend gerichtet, eine wirtschaftlich rationale und politisch wirkungsvolle Gegenposition zu diesem Linkstrend formuliert werden?

Nun: Jede Gleichheitsideologie geht notwendigerweise mit einer Ungleichheit einher, weil das Gleiche nur bei Abgrenzung zum Ungleichen definiert werden kann. Der Begriff „Demokratie“ als „Herrschaft des Volkes“ setzt bereits das Ungleiche voraus, das neben anderem vor allem in der Abgrenzung zu dem besteht, was nicht Volk ist. Wenn die Linke aus ihrer Gleichheitsvorstellung so etwas wie eine Menschheitsherrschaft als zumindest anzustrebendes Ideal ableitet, dann kann damit eben keine Demokratie mehr gemeint sein, sondern notwendigerweise etwas, was vielleicht als Anthropokratie (Menschenherrschaft) oder Homokratie (Gleichheitsherrschaft) be- oder umschrieben werden muß. Nun könnte man allerdings aus linker Perspektive die Frage stellen, warum dann eine als postdemokratisch einzustufende Anthropokratie schlecht sein soll, stellt sie doch vielleicht nur eine logische Fortentwicklung des Gleichheitsgedankens dar, der dann als bloße Übergangserscheinung und Zwischenlösung zur national-staatlichen Demokratie und auch zum Europagedanken geführt hat: Nicht nur der Nationalstaat, sondern auch „Europa“ als Partikularität ist dann nämlich angesichts der großen Gleichheit des Linkstrends universalistisch nämlich nicht mehr zu begründen!

Die rechte Gegenposition wird darauf hinzuweisen haben, daß sich der linke Schluß von der Annahme, daß so etwas wie eine „Volkswirtschaft“ postuliert werden kann, auf die Folgerung, diese müsse in einem einzigen Unternehmen zusammengefaßt werden, als horrender Trugschluß des Sozialismus herausgestellt hat. Dementsprechend folgt - zur Vermeidung eines ähnlichen Trugschlusses - auch aus dem Postulat der Menschengleichheit gerade nicht, daß die Menschheit unter einer einzigen Menschheitsherrschaft (Weltherrschaft) vereinigt werden müsse, zumal auch die Weltherrschaft entgegen der utopischen Versprechungen des *leftism* die Herrschaft nicht beseitigt, sondern vielmehr besonders „irreversibel“ macht: Der aus der linken Gleichheitsidee zumindest konzeptionell sich zwingend ergebende Weltstaat könnte kein Austrittsrechts als Verwirklichungsform demokratischer Volkssouveränität mehr zulassen, weil er dann eben kein Weltstaat mehr wäre.<sup>48</sup> Auch die Fluchtoption der „Abstimmung mit Füßen“ als letzte Zufluchtsmöglichkeit individueller Freiheit,<sup>49</sup> was die „volksdemokratische“ Links-Diktatur „DDR“ massiv nicht nur delegitimiert, sondern als kriminellen Akt („Republikflucht“) bestimmt hatte, wäre gerade in einem Weltstaat nicht mehr möglich!

Vielmehr ist die sich aus dem Gedanken der Demokratie selbst ergebende Ungleichheit hervorzuheben, was mehr oder wenig zwingend zur Konzeption des demokratischen Nationalstaates führt: Die Existenz von konkurrierenden Nationalstaaten wird dabei innerstaatlich in der Tendenz den Demokratiedanken rechtsstaatskonform auf den eigentlichen politischen Bereich beschränken, da dies machtpolitisch einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Diese Mäßigung politischer Herrschaft, welche die realistische Freiheitskonzeption der politischen Rechten beschreibt, wird dann im gesellschaftlichen Bereich den Ungleichheiten und der Verschiedenheit der Menschen letztlich auch im Interesse des demokratischen Gemeinwohls Entfaltung verschaffen. Dies drückt sich dann in höheren

---

<sup>48</sup> S. dazu den 1. Teil der Serie zur Europakritik: **Wesen und Geschichte des National-Staates als Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts und der Demokratie und seine Bedrohung durch „Europa“**  
[https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie\\_Teil-1.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-1.pdf)

<sup>49</sup> S. dazu den 2. Teil der Serie zur Europakritik: **Staatenpluralismus als Garantie der politischen Freiheit**  
[https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie\\_Teil-2.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-2.pdf)

Wachstumsraten der Wirtschaft als Grundlage für Steuereinnahmen aus und erhöht damit die Aussichten des erfolgreichen Nationalstaates, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

**Nationalstaatskonzeption und rechtsstaatliche Demokratie**, die mit den Grundrechtsgarantien als negative Staatskompetenzen der Verschiedenartigkeit der Menschen Verwirklichungsspielraum gewährt, hängen damit notwendig zusammen und **stellen** damit **das rechte Gegenkonzept gegen die Linkstendenz dar**. Diese Linke versteht dagegen Grundrechte mehr als zu verehrende „Werte“ (Ideologienormen), die letztlich zu Lasten der rechtlichen Relevanz für den der Staatsgewalt Unterworfenen gehen. Gerade aus der der Demokratiekonzeption zugrundeliegenden Partikularität des jeweiligen Volks als Subjekts der Volksherrschaft folgt dann das Postulat des Staatenpluralismus und aus diesem wiederum der Nationalstaatsgedanke. Genau dieser Nationalstaatsgedanke - und nicht etwa die für besonders modern gehaltene Europaidee - stellt zudem das „Unikat“ der zur modernen Demokratie führenden (west-) europäischen Entwicklung dar,<sup>50</sup> die bislang die kulturelle Überlegenheit des im weiteren Sinne europäischen Westens gegenüber den konkurrierenden Kontinenten markiert hat. Von den nicht-europäischen Staaten sind zwischenzeitlich diejenigen erfolgreich, welche den europäischen Nationalstaatsgedanken am besten adaptieren konnten wie vor allem Japan.<sup>51</sup>

Der Nationalstaatsgedanke ist mit der die Moderne konstituierenden Trennung des Religiösen und Weltlichen, die im Rechtsstaat zentralen Ausdruck gefunden hat, deshalb verbunden, weil er auf der die politische Immanentisierung des christlichen Gleichheitsgedankens zurückweisenden Prämisse beruht, daß der Universalismus, d.h. die allgemeine Menschengleichheit im Grundsatz spirituell zu verstehen ist. Die absolute Gleichheit bleibt dementsprechend, wenngleich mit Auswirkungen auf der Ebene der Moral dem transzendenten Bereich vorbehalten, während das Weltliche, schon aufgrund der Knappheit an Zeit, bedingt durch die Sterblichkeit des Menschen und damit der Knappheit überhaupt, die zur Welt der Ökonomie führt, partikulär ist.<sup>52</sup> Die Knappheit an Zeit und vergleichbare Mängel, wie etwa an Intelligenz etc. steht dem Anspruch entgegen, daß jedermann universeller Kulturvermittler sein könnte. Diesem Anspruch müßte der einzelne jedoch genügen, um sich in einer Anthropokratie, die man als „Weltdemokratie“ ansprechen mag, behaupten zu können. Dies ginge allenfalls dann, wenn der politische Anspruch auf ein kulturelles Minimum beschränkt würde. Dies erklärt, warum Darstellungen von utopischen Gesellschaften bei genauerer Lektüre doch eine ziemliche Primitivität der von der politischen Linken erwünschten Zukunftsgesellschaften aufweisen. Demokratie läßt sich demnach auf der Grundlage politisch rechter Prämissen des Realitätsbezugs des Politischen und vor allem des Ökonomischen sehr wohl begründen.

Schließlich ist noch demokratietheoretisch hervorzuheben, daß die demokratische Gleichheit mit der Zahl der an ihr Partizipierenden abnimmt. Rechnerisch mag es möglich sein, auch in einem Weltparlament die Verhältnis Anzahl der Wähler zu einem Abgeordneten so auszugestalten, dass damit dem entsprechenden Verhältnis in nationalstaatlichen Parlamenten

---

<sup>50</sup> S. dazu *Hans-Ulrich Wehler*, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, erschienen in der Reihe C. H. Beck. Wissen, München 2001, S. 16 ff.

<sup>51</sup> S. dazu ein Beitrag: **Nationalismus als Bedingung für Moderne und Fortschritt – Vergleichende Betrachtungen zu Japan** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Bedingung-fuer-Moderne-und-Fortschritt.pdf>

<sup>52</sup> S. dazu den Beitrag: **Universelle Religion und Staatenvielfalt – Eine religionsgeschichtliche Betrachtung zu Monotheismus und Völkerpluralismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Universelle-Religion-und-Staatenvielfalt.pdf>

annäherungsweise entsprochen wird. Das würde jedoch auf ein Welt-Parlament mit vielleicht an die 100 000 bis 1 Million Abgeordneten hinauslaufen müssen. Es dürfe klar sein, daß sich bei einem derartigen Parlament notwendigerweise ein innerer Zirkel bilden müßte, der dann die eigentliche Macht ausübt, was letztlich auf dasselbe hinausläuft, wenn man entsprechend dem funktionierendem nationalstaatlichen Modell für ein Weltparlament etwa 500 Abgeordnete vorsehen würde: Wegen der dann erforderlichen mehrstelligen Millionenzahl von Wählern, die dann notwendig wäre, um ein Abgeordnetenmandat zu erhalten, würde das Verhältnis Wähler-Abgeordneter ziemlich „dünn“ sein mit der Folge, daß sich dann die Macht intermediärer Kräfte, wie die der Industrielobby massiv erhöhen würde. Eine derartige Internationalisierung der Demokratie, wie auch immer bewerkstelligt, würde ihre massive irreversible Oligarchisierung zur Folge haben, die letztlich den Schritt zur internationalen Despotie sehr wahrscheinlich, wenn nicht gar unvermeidlich macht.

Diese wohl nachvollziehbaren Annahmen der Folgen des universellen Gleichheitsverlangens der politischen Linken erlauben es der politischen Rechten im Interesse des politischen Wettbewerbsvorteils im demokratischen Zeitalter den „Schwarzen Peter“ der Demokratiefeindlichkeit der politischen Linken zuzuschieben. Deren Gleichheitsvorstellung, die sicherlich einen notwendigen und als solchen auch anzuerkennenden Beitrag zur Begründung der modernen Demokratie geleistet hat, geht letztlich über die Demokratie als Veranstaltung des partikulären Nationalstaates hinaus und leitet weltstaatlich, aber schon europapolitisch das Ende einer realistischen Demokratieverwirklichung ein.<sup>53</sup> Linke Demokratie kann dann weltstaatlich nur noch in quasi-religiösen Bekenntnissen zur Demokratiegottheit bestehen,<sup>54</sup> wobei schon die Analyse der speziellen bundesdeutschen Verfassungsschutzdemokratie bei ihrer immanenten Linkstendenz die Erkenntnis vermittelt, daß die (quasi-)religiöse Aufwertung von Grundrechten und Demokratie als staatliche „Werte“, welche im Staatskult, der nunmehr zu einer Zivilreligion mutiert ist,<sup>55</sup> zu verehren sind, auf Kosten der juristischen Verwirklichungsqualität der Grundrechte als Individualrechte geht.<sup>56</sup>

---

<sup>53</sup> S. dazu den 3. Teil der Serie zur Europakritik: **Die Entnationalisierung von Demokratie – Kritische Bewertung des Europa-Projekts**

[https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie\\_Teil-3.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-3.pdf)

<sup>54</sup> Bei dem bekannten Verfahren gegen den Rechtsintellektuellen *Sokrates* in Athen ging es letztlich um die Ahndung mangelnden Glaubens an die Gottheiten der Demokratie, s. dazu die Ausführungen von *Isidor F. Stone*, *The Trial of Socrates*, Boston 1988; s. ergänzend den 22. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **„Verfassungsschutz“ als Religionspolizei**

[https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat\\_Teil-22.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-22.pdf)

<sup>55</sup> Die bundesdeutsche Zivilreligion, ihre protestantischen und besatzungspolitischen Ursprünge und massiven links-fanatisierenden Konsequenzen sind zuletzt am besten beschrieben worden von *Karl Richard Ziegert*, *Zivilreligion. Der protestantische Verrat an Luther. Wie sie in Deutschland entstanden ist und wie sie herrscht*, Olzog-Verlag 2013.

<sup>56</sup> S. dazu den 28. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Umwertung von Grundrechten und Demokratie durch VS-Methodik** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/06/Surrog28-Umwrtg.pdf>



## Rechte Begründung der politischen Gleichheit der (partikularen) Demokratie

Nun könnte aus linker Warte eingewandt werden, daß eine politisch rechte Position, welche die Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen betont, keine Begründung dafür geben könne, weshalb auf der politischen Ebene eines Nationalstaates plötzlich alle Bürger gleich sein sollen, also Demokratie im Sinne einer partikulären Volksherrschaft praktiziert werden soll. Die Begründung dafür ist, daß der Bereich der Politik nicht auf das Ökonomische im eigentlichen Sinne reduziert werden kann, sondern es dabei potentiell um die Entscheidung über Leben und Tod geht, da auf den Staat zur Überwindung des Selbsthilferechts, d.h. des vorstaatlichen Grundrechts auf Tötung, also das *ius vitae necisque* übergegangen ist und dabei in der Kriegsführung oder der möglichen Vollstreckung der Todesstrafe zum Ausdruck kommt. Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden, also die Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos, sollte dann in der Tat auf der Basis der Gleichheit entschieden werden, weil die Erhöhung des Lebensrisikos alle trifft, die ärmeren Kreise in der Tendenz wohl noch mehr als die Wohlhabenden. Deshalb war die Erfahrung eines nicht mit Söldnern, sondern mit Bürgern geführten Kriegs in der griechischen Antike das wesentliche Argument zugunsten der Demokratie anstelle einer Aristokratie oder Oligarchie und in diesem Sinne war nicht zuletzt der Erste Weltkrieg der große demokratisierende Gleichmacher, was das wesentliche Motiv der Sozialdemokratie dargestellt hat, die Kriegskredite zu bewilligen, die dem Weltkrieg die demokratische Legitimation verschafft hatte.<sup>57</sup>

Das weitere, mit dem ersten Grund zusammenhängend, geht auf das Argument gegen den universalistischen Gedanken der Linken zurück, daß zumindest bei Vorliegen komplexer Kulturen nicht jedermann universeller Kulturvermittler sein kann. Kern einer Kultur ist jedoch - schon sprachlich - der Kult, was auf etwas Transzendentes verweist.<sup>58</sup> Legitime politische Herrschaft hängt in der Tat mit den großen „Warum-Fragen“ zusammen („warum soll ich Steuern bezahlen? Mich an ein ungeliebtes Gesetz halten?), welche letztlich immer zur Frage nach der Existenz Gottes oder vergleichbaren Vorstellungen führen - was damit die religiöse Herrschaftsbegründung als Normalfall der Menschheitsgeschichte plausibel macht. Zum Zwecke der praktischen Lebensbewältigung wird man diese Warum-Fragen irgendwann abrechnen, d.h. dezisionistisch werden müssen, weil sie nicht definitiv beantwortet werden können und im Interesse der weltanschaulichen Neutralität eines Staatswesens<sup>59</sup> zumindest amtlich nicht beantwortet werden sollten. Genau diese Gleichheit in der Unfähigkeit zur Beantwortung dieser Warum-Fragen rechtfertigt Demokratie:

Wären politische Fragen in der Weise zu beantworten wie technische und vielleicht noch betriebswirtschaftliche Fragen, würde wohl alles für die Herrschaft des Philosophenkönigs im Sinne von *Platon* sprechen, mag dieser Philosophenkönig nun als aufgeklärter absoluter Fürst oder als über besondere Einsichten über den dialektischen Lauf der Geschichte verfügendes

---

<sup>57</sup> S. dazu den 4. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-4.pdf>

<sup>58</sup> S. exemplifiziert an Japan: **Politik als Mythos: Kampf um die ideologische Hegemonie- Betrachtungen unter Bezugnahme auf Japan** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Politik-als-Mythos.pdf>

<sup>59</sup> S. zur Gefährdung der weltanschaulichen Neutralität des Rechtsstaats durch Linkstendenzen den entsprechenden Beitrag zum Alternativen Verfassungsschutzbericht: **Gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als rechtsstaatliche Herrschaftsordnung gerichtete Bestrebungen**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/05/B1neu.pdf>

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Erscheinung treten oder auch als Inlandsgeheimdienst mit besonderer Expertise in Sachen Geschichtsbewältigung.

Auf der politischen Ebene etwa gelten eben Gesetze, ganz dezisionistisch, weil sie Gesetze sind. Fragt man nach dem Geltungsgrund derselben, dann wird ein Demokrat sagen, daß die Mehrheit so entschieden hat. Die Frage ist dann, welche Mehrheit wovon: Der Mehrheit der Menschheit oder von Europa oder des Nationalstaates? Es wird die Mehrheit eines Ganzen sein, das sich als solches versteht und ein solches Verständnis wird letztlich bei einer gemeinsamen Kultur vorliegen, die notweniger Weise eine Leitkultur sein wird (was ja noch das Mindeste darstellt).<sup>60</sup> Diese wiederum ist gegeben - als Möglichkeit und gewissermaßen Notwendigkeit des Abbruchs der Warum-Fragen - durch die Gemeinsamkeit der historischen Erinnerung, also letztlich von Mythen im Sinne der gemeinsamen großen Erzählungen. Diese Einsicht ist natürlich einer linken Mythenkritik ausgesetzt, die sich allerdings immer als pseudo-aufklärerischen dargestellt hat, weil linke Politik voll von utopischen Mythen ist,<sup>61</sup> etwa dem Mythos der Französischen Revolution, der Idee der Einheit des Menschengeschlechts, der Vorstellung des unausweichlichen Fortschritts, der bemerkenswerter Weise in der Rückkehr zu einem (angeblich) herrschaftsfreien Urkommunismus bestehen soll, von „God’s own Country“, „the shining city upon the hill“, „manifest destiny“ etc. pp. und schließlich von „Europa“<sup>62</sup>: Der Mythos „Europa“ geht nun eindeutig auf einen paganen griechischen Mythos zurück. Sicherlich ist der Mythenbedarf zur Begründung eines derartigen Europa<sup>63</sup> größer als der entsprechende Aufwand zur Begründung einer schon über Jahrhunderte existierenden Nation, die deshalb als geradezu natürlich erscheint.<sup>64</sup> Der ideologische Begründungsaufwand für ein künstliches Linksprojekt wie „Europa“ (zu dem dieses Projekt, das ursprünglich eher von der politischen Rechten („Abendland“) initiiert war, nunmehr mutiert ist) dürfte dabei einen zivilreligiösen Aufwand erreichen, welcher durch seine Mythologeme zu den bestehenden Religionen in Konkurrenz treten muß, während ein national-staatlicher Patriotismus für die Religionen ungefährlich (geworden) ist.

Die Wirksamkeit des Mythos, der jeweils großen Erzählungen, die ein Volk und damit politisch eine Nation begründen, in deren Rahmen realistisch Demokratie praktiziert werden kann, müßte in Deutschland ohne weiteres einleuchten, gehört es doch zur bundesdeutschen Staatsraison, für das Existenzrecht eines bestimmten vorderasiatischen Staates einzutreten, dem gelegentlich lediglich kritisch entgegengehalten wird, daß dieser auch das Existenzrecht eines formell noch zu gründenden Staates akzeptieren müßte. Den Beginn einer derartigen Zweistaatenlösung in einem anderen Bereich kann man gut daran erkennen, daß sich im Königreich Belgien die

---

<sup>60</sup> S. dazu auch den 7. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Verbot der Volksgemeinschaft: „Werte“ zur Erzwungung von Soziokratie (Bevölkerungsherrschaft) statt von Demokratie (Volksherrschaft)** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/08/Surrog7-Gemeinschaft.pdf>

<sup>61</sup> Wobei es dabei letztlich um christliche Mythen geht, s. *Jacques Solé*, Christliche Mythen. Von der Renaissance bis zur Aufklärung, 1982.

<sup>62</sup> S. dazu den 11. Teil der Serie zur Europakritik: **Die wahren Reichsbürger: die deutschen „Europäer“** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/08/Europakritik11-Reichsideologie.pdf>

<sup>63</sup> Dies ist zuletzt in einem Beitrag zur Jesuitenzeitschrift *Stimmen der Zeit* Heft 1, 2014, erkannt worden, in dem *Roland Benedikter* und *Georg Göschl* postulieren: Europa braucht eine Zivilreligion; diese Befürwortung der Zivilreligion durch Jesuiten erstaunt, weil diese erkennen müßten, dass eine Zivilreligion die Tendenz hat, die bestehenden Religionen, wie den Katholizismus, zur bloßen Denomination der politischen Machtstruktur herabzustufen; diese Gefahren sind bei *Ziegert*, a. a. O., überzeugend ausgeführt.

<sup>64</sup> S. wiederum exemplifiziert an Japan: **Die (relative) Natürlichkeit der Nation – Betrachtung am Beispiel Japan** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Natuerlichkeit-der-Nation.pdf>

Parteien von Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen jeweils in einen flämischen und wallonischen Zweig aufgespalten haben.

Die von der deutschen Linken im weitesten Sinne favorisierte Lösung, nämlich den in einem bestimmten Kontext nachvollziehbaren Satz von *Kaiser Wilhelm II.*, er würde keine Parteien mehr kennen, sondern nur noch Deutsche, umzukehren, wonach es nur noch Parteien, aber keine Deutschen geben solle, wird deshalb nicht aufgehen. Eine Partei ist nun einmal definitionsgemäß ein „Teil“ (pars), was notwendigerweise ein Ganzes voraussetzt. Was dieses Ganze ist, müßte aufgrund der bundesdeutschen Staatsraison, einen bestimmten ausländischen Staat letztlich durch „große Erzählungen“ unbedingt erhalten zu wollen, eigentlich ohne weitere Begründung einleuchten: Soll denn - um nun doch noch konkret zu werden - Israel wirklich in der Menschheit aufgelöst werden? Dies wäre nämlich die Konsequenz der Anwendung der linken Europaideologie auch auf Israel!<sup>65</sup>

Warum soll dann Israel nicht, Deutschland europatümelnd aber schon, aufgelöst werden? Was hätte diese Differenzierung, welche nur polit-ideologisch und letztlich auf der Grundlage von „großen Erzählungen“ (Mythen), wenn nicht aus rassistischen Gründen vorgenommen werden kann, noch mit der Idee der Gleichheit zu tun, auf der das Linkssein gründet? Der Linkstrend ist also im demokratischen Zeitalter durchaus zu brechen, schon weil er sich mit seiner Gleichheitsvorstellung, in spezieller Weise mit seiner aus der ideologischen Menschheitsgleichheit abgeleiteten linken Deutschfeindlichkeit<sup>66</sup> mit ihren letztlich rassistischen Zügen selbst widerlegt. Selbst der „Kampf gegen rechts“ ist notwendigerweise zumindest implizit antisemitisch<sup>67</sup> und damit links-rassistisch.<sup>68</sup>

### **Hindernis politische Mitte / Mitte als Demokratieproblem**

Realpolitisch steht der Überwindung des Linkstrends in der Bundesrepublik Deutschland die politische „Mitte“ entgegen, welche auf „Konsens“ setzt, der aber bemerkenswerter Weise in der Regel explizit rechts nicht einschließt (s. die „Brandmauern“ der mittigen CDU). Diese Konsensvorstellung ist deshalb demokratiethoretisch problematisch, wenn nicht gar gefährlich, weil sie einer allgemeinen Tendenz der Menschheitsgeschichte entspricht, die man grundsätzlich als antidemokratisch kennzeichnen muß,<sup>69</sup> nämlich in der Unterschiedlichkeit politischer Auffassungen eine Bedrohung der Herrschaftsordnung zu erkennen. Deshalb hat man in China, dem „Reich der Mitte“, alle widerstrebenden weltanschaulich-politischen Ansätze zwangsweise in der Mitte, dem Machtzentrum zusammengeführt. Dies wurde etwa mit

---

<sup>65</sup> So zu Recht *Hazon Yoram*, Ist die Idee des Nationalstaates überholt. Israel aus europäischer Sicht, im Januar Heft 2011 der Zeitschrift Merkur, S. 1 f

<sup>66</sup> S. dazu *Hans-Helmuth Knütter*, Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen ...? 1993;  
<https://links-enttarnt.de/deutschfeindlichkeit-gestern-heute-und-morgen>

<sup>67</sup> S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Ursache für die Rückkehr des linken Antisemitismus: der bundesdeutsche „Kampf gegen rechts“**  
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/07/Surrog6-Kampf-gegen-rechts-Antisem.pdf>

<sup>68</sup> S. dazu den zweiteiligen Beitrag zum Rassismus: **Von der amerikanischen Sklaverei zum bundesdeutschen Kampf gegen rechts – Metamorphosen des Rassismus – Teil 1: Die westliche Vorgeschichte des NS-Rassismus und Teil 2: Deutsche Nachgeschichte des westlichen Rassismus: „Bewältigung“ und „bunte Republik**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/04/rassenrechtTeil1.pdf> und  
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/05/rassenrechtTeil2.pdf>

<sup>69</sup> Darauf ist in einer jüngsten umfassenden Veröffentlichung eingehend hingewiesen: *Egon Flaig*, Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik, Paderborn 2013.

der Doktrin der (Einheit der) Drei Lehren (*sanjiao*),<sup>70</sup> der staatlich erzwungenen Einheit der sich eigentlich extrem widersprechenden Lehren von Konfuzianismus, Taoismus und Buddhismus durchgezogen.<sup>71</sup>

Unterschiedliche Religionen oder auch Konfessionen waren im Zeitalter, in dem sich politische Herrschaft religiös begründet hat, d. h. fast in der gesamten Menschheitsgeschichte, immer die Grundlage unterschiedlicher Parteibildungen. Diese Parteiungen galt es zu unterdrücken, weil deren Auftreten zu gefährden schien, was überhaupt - wenngleich in den Konzepten der Linken ignoriert - als wesentliche Rechtfertigung von politischer Herrschaft als solcher angeführt werden kann: Die Abschaffung des Selbsthilferechts, wodurch sich derjenige Rechtsanspruch durchgesetzt hat, welcher von der größten Gewaltbereitschaft und damit letztlich der Tötungsbereitschaft getragen ist. Von diesem traditionellen, weltweit vorzufindenden Herrschaftsverständnis, hat sich die spezifische europäische Entwicklung, wenngleich bei zahlreichen Rückentwicklungen, die immer wieder in das Allgemeinschema der Menschheitsgeschichte zurückgeführt haben, abgesetzt, nämlich in der Anerkennung des offen ausgetragenen Konflikts zwischen links und rechts (vielleicht sogar beginnend in Deutschland mit der Akzeptanz der Parität von Katholizismus und Protestantismus als eigentliche Parteien des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation): Dies bedeutet, daß Mitte als Herrschaftszentrum sich nicht aufgrund gewaltsamer Selbstermächtigung oder religiöser Herrschaftsbegründung etabliert, sondern als Ergebnis eines offen ausgetragenen Ringens zwischen einer explizit rechten und linken Strömung.

Dementsprechend bemerkt *Machiavelli* in seinen für die Politikwissenschaft grundlegenden<sup>72</sup> *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*: „Mir scheint, wer die Kämpfe zwischen Adel und Volk verdammt, der verdammt auch die erste Ursache für die Erhaltung der römischen (also der republikanischen, *Anm.*) Freiheit.“<sup>73</sup> Was im vordemokratischen Zeitalter als legitimer Weise ausgetragener Konflikt zwischen „oben“ und „unten“ ausgedrückt worden ist, ist im demokratischen Zeitalter, das den Konflikt dem Grundsatz der Gleichheit entsprechend auf eine gewissermaßen horizontalen Ebene bringt, der Konflikt zwischen einer linken und einer rechten politischen Strömung. *Machiavelli* hat deshalb zu Recht darauf hingewiesen, daß mit der Beendigung des Kampfes der Parteien von oben und unten, bzw. demokratisch: von links und rechts, die Freiheit und die Politik aufhören würden. Die Vorstellung von einem immerwährenden Konsens der „Mitte“ wird damit zum Gegenpol zur Demokratie. Politik ist für *Machiavelli* genuin dieser Kampf, der sich weder aus anderen Konzeptionen wie der Philosophie oder der Theologie ableitet noch auf ökonomische Verhältnisse reduzierbar ist,

---

<sup>70</sup> S. *Joachim Gentz*, Die Drei Lehren (*sanjiao*) Chinas in Konflikt und Harmonie. Figuren und Strategien einer Debatte, in: *Edith Franke / Michael Pye* (Hgg.), Religionen Nebeneinander. Modelle religiöser Vielfalt in Ost- und Südostasien, 2006, S. 17 ff.

<sup>71</sup> Eine gewissen Nachahmung erfährt dies in der BRD durch den fast amtlich ausgerufenen Abrahamismus, der als Grundgesetz-Henotheismus durchgezogen wird; s. dazu: <https://etappe.org/media/pdf/BRDRelig4revfin.pdf>

<sup>72</sup> Eine hervorragende Würdigung findet sich beim Sozialdemokraten *Carlo Schmid*: „Machiavelli zeigt uns dort vor allem, was geschehen muß, damit ein Staat Dauer haben könne und damit aus dem Dilemma von Freiheit und Macht nicht Anarchie und darüber der Verlust der Freiheit oder der Untergang des Staates entstehe. Hier schreibt Machiavelli - gelassener, reicher, farbiger, als im Principe - nicht für jene, die als Fürsten die Gewalt über Menschen haben, sondern für jene, welche wert wären, Fürsten zu sein, nämlich für jene, die imstande sind, einen Staat zu schaffen und zu verwirklichen, in dem die Tugend der Bürger die Ausübung von Macht erlaubt, ohne dabei die Freiheit der Bürger zu opfern. Vorbild sind ihm dabei das republikanische Rom und die freien Reichsstädte Deutschlands“; s. *Machiavelli*. Fischer-Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1956.

<sup>73</sup> So in der deutschen Fassung von *Machiavelli*, *Discorsi*, hgg. von *Horst Günther*, Insel Taschenbuch, 2000, S. 27.

wenngleich diese Aspekte in der Politik naturgemäß eine Rolle spielen, diese aber nicht darin aufgeht, sondern auf das permanente Ringen um Gemeinwohl, Recht und Freiheit ausgerichtet ist.

Gebrochen wird der Linkstrend in einer Demokratie daher, wenn nicht nur für links Partei ergriffen werden kann, sondern eben gleichwertig auch für eine rechte Position. Eine der linken Seite adäquate Parteiergreifung zur Brechung des Linkstrends müßte vor allem darin bestehen, daß die selbsterklärte bundesdeutsche „Mitte“ bereit wäre, demokratiekonform die rechte Rolle zu übernehmen. Aus dem bereits Ausgeführten sollte sich ohne weiteres ergeben, was damit zentral gemeint ist: Das Eintreten für die Deutschen und den Nationalstaat der Deutschen, also für eine allgemeine Willkommenskultur für die Deutschen in Deutschland. Dieser zentrale Ansatz muß zum Beispiel keine Ablehnung von „Europa“ bedeuten, sondern meint lediglich, aber immerhin, daß eben „Europa“ kein Selbstzweck, sondern eine Möglichkeit deutscher Außenpolitik darstellt, die man dann halt als Instrument zurücknimmt,<sup>74</sup> wenn sie sich nicht mehr lohnt, sondern zu große Kosten verursacht, was wohl zunehmend schon wegen der „Eurorettung“ der Fall ist.

Da der Linkstrend im Kern darin besteht, die Gleichheit des Denkens, also die demokratische Einheitsmeinung, zu erzwingen, wird die rechte Position darin bestehen, die Unterschiedlichkeit des Denkens unter Einschluß der Kreativität der Privatwirtschaft mit ihrer unterschiedlichen Lösungskapazitäten zu betonen. Die rechte Position wird daher notwendiger Weise auf Verwirklichung des Meinungspluralismus ausgerichtet sein. Auf einer generellen Ebene kommt dies in der Konzeption des Rechtsstaates zum Ausdruck, der wohl nicht nur zufällig so heißt und nicht etwa als „Linksstaat“ firmiert. Die Tatsache, daß diese rechte Parteiergreifung der Richtung, die in der Bundesrepublik Deutschland als „Mitte“ firmiert, durchaus möglich oder eigentlich in einer der Demokratie konformen Weise geradezu selbstverständlich ist, zeigt sich gerade in den Staaten, die in der Bundesrepublik Deutschland als demokratische Vorbilder gelten: Die britischen Konservativen, die französischen Gaullisten oder die amerikanischen Republikaner haben keine Scheu, sich gegenüber der sich als links bezeichnenden sozialistischen und demokratischen Konkurrenz jeweils als rechts einzustufen. Dementsprechend geht auch die französische Politikwissenschaft<sup>75</sup> wie selbstverständlich davon aus, daß es sich bei CDU / CSU (und FDP) um die politische Rechte Deutschlands handelt. Es dürfte wohl klar sein, daß diese Einstufung nicht dem Selbstverständnis dieser deutschen Parteien gerecht wird, zumal ignoriert wird, daß es etwa auch in Frankreich christlich-demokratische Mitteformationen gegeben hat, die allerdings völlig verschwunden sind, wie zwischenzeitlich die italienische Variante dieser Mitte.

Zwischenzeitlich ist allerdings die Hoffnung völlig geschwunden, eine wanderwitzige Blockpartei-CDU ideologiepolitischer Art könnte doch noch die rechte Position einnehmen. Demokratietheoretisch ist vielmehr dem Vorbild von Italien folgend die Ersetzung der anmaßenden „Mitte“ durch eine explizite Rechtspartei anzustreben. Natürlich wird sich diese

---

<sup>74</sup> S. dazu den 12. Teil der Serie zur Europakritik: **Austritt aus der Europäischen Union – eine gebotene Option für Deutschland** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/09/EuropKritik12-Austr.pdf>

<sup>75</sup> S. dazu den Beitrag des französischen Politologen *Emmanuel Todd*, Die deutsche Frage ist wieder offen. Haider, die Krise der CDU und die „longue durée“ der deutschen Geschichte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Februar 2000, S. 44, der die französische Befürchtung zum Ausdruck bringt, die Bundesrepublik Deutschland könnte ein normaler Staat werden; um dies zu verhindern, unterstütze *Todd* daher die sog. „Österreichsanktionen“; s. zu diesen den 6. Teil der Serie zur Europakritik: **Europa als VS-System gegen „deutsche Nationen“ – Was besagen die „Österreich“-Sanktionen der EU-XIV von 2000?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/05/EuropKritik6-VS.pdf>



autokratische, den Wählerwillen im Zweifel durch „Brandmauern“ verachtende „Mitte“ sich ihres Hauptinstruments „Verfassungsschutz“ zur Verhinderung normaler demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bedienen. Dem gilt es durch Kritik am sog. „Verfassungsschutz“ nachhaltig entgegenzutreten,<sup>76</sup> was wohl notwendiger Weise mit einer Verfassungsdiskussion<sup>77</sup> und einer alternativen außenpolitischen Positionierung<sup>78</sup> zu verbinden ist.

Voraussetzung für den Erfolg einer Rechtstendenz zur Überwindung des massiven Linkstrends ist demnach die Anerkennung einer politisch rechten Position als legitim. Dem steht in der Bundesrepublik Deutschland allerdings gerade die selbsterklärte politische Mitte entgegen, die in einer zunehmend autokratischen Weise „Mitte“ sein will, obwohl sie völlig paradox nur eine linke Richtung neben sich als legitim betrachtet, indem sie sich völlig ungeniert in den linken „Kampf gegen rechts“ einordnet und sich dabei notwendigerweise auf Linkskurs bringt. Grundpostulat: CDU soll endlich „Mitte“ werden. Da man bei einer realistischen Politikbetrachtung, die Leute nicht überfordern sollte, soll hier deshalb der aus dem Mechanismus von Demokratie abgeleitete Forderung nach einem offenen ausgetragenen Konflikt zwischen linker und rechter Strömung, welche in der Tendenz aus letztlich anthropologischen Gründen die politische Rechte bevorzugt, etwas zurückgeschraubt werden: Die CDU / CSU - und auch die vom Untergang bedrohte FDP - mag „Mitte“ bleiben, dann soll sie dies aber überzeugend tun: „Mitte“ kann die CDU / CSU jedoch nur sein, wenn sie nicht nur alle möglichen Gruppierungen links von sich, wie nunmehr eine Kommunistische Plattform, als legitim ansieht, sondern auch Formationen rechts von ihr.

Zu fordern ist daher von der CDU / CSU, endlich aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten und damit für die Freiheit des Andersdenkenden, der eben nicht nur links, sondern auch rechts steht. So ist nicht bekannt, daß etwa maßgebliche Christdemokraten, von gewissen Randfiguren abgesehen, für die Zeitung *Junge Freiheit* eingetreten wären als sie vom linken „Verfassungsschutz“ staatlich diffamiert worden war. So ist nicht bekannt, daß die CDU / CSU für die Demonstrationsfreiheit sogenannter „islamfeindlicher“ Gruppierungen eingetreten wären, vielmehr haben sie linksextremen „Widerstand“ (d.h. kriminelle oder zumindest krimogene Grundrechtsverhinderungsaktionen) zumindest psychologisch unterstützt.

Christdemokraten sind für sogenannte „Verfassungsschutzberichte“ verantwortlich, bei denen mit einer staatsideologischen Begrifflichkeit hantiert wird, die im Ergebnis auf das linkstotalitäre Schlagwort hinausläuft, daß „Faschismus“ keine Meinung, sondern ein Verbrechen sei: Das amtliche Schlagwort vom „Rechtsextremismus“, das in sogenannten „Verfassungsschutzberichten“ des öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienstes gebraucht wird, ist nämlich so ausgerichtet, daß völlig rechtstreuen Bürgern wegen einer

---

<sup>76</sup> S. dazu insbesondere die Beiträge auf dieser Website zur Serie zur Kritik des Parteiverbotsersatzregimes: <https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-uebersicht> aber auch schon zur Parteiverbotskritik: <https://links-enttarnt.de/partieverbotskritik-uebersicht-der-einzelnen-teile> und zum Alternativen Verfassungsschutzbericht: <https://links-enttarnt.de/inhaltsverzeichnis-alternativer-verfassungsschutz>

<sup>77</sup> S. dazu die Einführung in die entsprechende Serie:

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/03/VfgDisk-0-Einltg.pdf>

<sup>78</sup> S. dazu die Einleitung zur entsprechenden Serie auf dieser Website

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/02/Aussenpolitik0.pdf> zu nennen ist aber auch die Serie zur Europakritik, s. dazu den zuletzt online gestellten 13. Teil: **Die USA als Europavorbild? Überlegungen zum sog. amerikanischen Sezessionskrieg** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/03/Europakritik13-USA.pdf>

unerwünschten politischen Einstellung, die es offenbar auch nach Auffassung der Christdemokratie nur mehr auf der rechten Seite gibt, auf eine Ebene mit politischer Kriminalität gebracht wird. Wenn aber ein ganzes politisches Spektrum, das demokratiekonform notwendig ist und dabei möglicherweise sogar die relative Mehrheit der Deutschen darstellt, wie der Vergleich mit der wohl doch nicht so fremden Schweiz oder mit Österreich zeigt, trotz aller Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes als quasi-kriminell diffamiert wird, dann kann die CDU / CSU keine „Mitte“ mehr sein, sondern sie wird - wie ihr sicherlich spezifisches Schicksal in der linkstotalitären „Deutschen Demokratischen Republik“ zeigt<sup>79</sup> - Teil des Linksblocks. Der damit bewirkte schleichende Übergang von einer parlamentarischen Demokratie, wo die Abgeordneten nicht übereinander von oben nach unten in der Mitte sitzen, sondern auf gleicher Ebene kreisförmig von links nach rechts plaziert sind, zu einer totalitären Demokratie, die vom gleichgerichteten Gleichheitsdenken der Linken bestimmt ist - genau dies dürfte zusammenfassend den Linkstrend bestimmen - ist nur dann abzuwenden, wenn die Legitimität einer politisch rechten Position anerkannt wird.

Diese Einsicht sollte eigentlich nicht so schwer fallen: Denn das gute Funktionieren der Bundesrepublik Deutschland (soweit dies noch gegeben ist) geht doch zentral auf die politischen und rechtliche Bestandteile zurück, die unter der ideologischen Hegemonie der politischen Rechten im Deutschen Kaiserreich verwirklicht worden waren,<sup>80</sup> von den zentralen Gesetzen für die Privatwirtschaft und für das Justizsystem angefangen bis zur gesamten Verwaltungsstruktur! Die weltgeschichtliche Bedeutung der Deutschen sollte aufgrund der entsprechenden Analyse eines Ausländers zum „deutschen Genie“<sup>81</sup> und der von diesem getragenen dritten Renaissance und zweiten wissenschaftlichen Revolution, doch anerkannt werden können: „Ein Volk, dem ich angehöre, kann eigentlich nicht so schlecht sein“, könnte sich ein CDU-Politiker als Motto aneignen. Allein die Anerkennung dieser Tatsache könnte ausreichen, die CDU als Partei der Mitte zu erhalten, womit dann auch dem Linkstrend erfolgreich entgegengetreten werden könnte.

Selbst wenn dieser hier aufgezeigte Kampf sich als äußerst mühsam darstellt: Mit dem als linken Politpropagandisten abzulehnenden, als deutschen Dichter aber schätzenswerten *Bertolt Brecht* ist festzuhalten: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Und dieser Kampf trägt entsprechend der Erkenntnis von *Machiavelli* über die Grundvoraussetzung der republikanischen Freiheit seine Rechtsfertigung in sich selbst, mag er auch auf Anhieb nicht besonders erfolgreich erscheinen. Bei genauerer Betrachtung war dieser

---

<sup>79</sup> S. zur Christdemokratie den Beitrag zum Alternativen Verfassungsschutzbericht: **CDU in den Verfassungsschutzbericht: Verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der Christdemokratie als DDR-Block- und BRD-Kartellpartei gegen rechts**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/08/C6neu.pdf> ergänzt mit einem Beitrag zur christlich-sozialen Ideenströmung: **CSU in den Verfassungsschutzbericht: Verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der Christlich-Sozialen – von der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zum CSU-Verfassungsschutzextremismus**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/08/C6a.pdf> und zusammenfassend: „Die dunkle Seite der Christdemokratie“ <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/10/C6b.pdf>

<sup>80</sup> Es sei nochmals auf den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion verwiesen: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung**

<https://links-enttarnt.de/verfassungsdiskussion-teil-8> wobei allerdings die pragmatistische Position die (modifizierte) Wiederinkraftsetzung der Weimarer Reichsverfassung als wirklich freieste Verfassung der deutschen Geschichte anzustreben wäre; s. dazu den 2. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) – Verfassung einer freien Demokratie in Deutschland**

[https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Verfassungsdiskussion\\_Teil-2.pdf](https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Verfassungsdiskussion_Teil-2.pdf)

<sup>81</sup> S. *Peter Watson*, *The German Genius, Europe's Third Renaissance, the Second Scientific Revolution and the Twenties Century*, 2010.

Kampf bislang immerhin doch so erfolgreich: die Bundesrepublik Deutschland ist doch (noch?) keine Deutsche Demokratische Republik. Im Vergleich steht eben die Bundesrepublik Deutschland noch immer rechts von der DDR. Und zwar eindeutig: Daran gibt es nichts zu vermitteln. Es ist Aufgabe der politischen Rechten sicherzustellen, daß die BRD weiterhin rechts von der DDR einzuordnen ist. Damit wird auch belegt wie positiv der Begriff „rechts“ einzuordnen ist: Oder will man aus linksideologischen Gründen wirklich die Rückkehr zur „DDR“?

### Hinweis:

Die vorliegend online gestellte Abhandlung stellt eine Ergänzung zum jüngsten Werk des Verfassers dar:



Josef Schüßlburner

Konsensdemokratie. Die politische „Mitte“ als Demokratieproblem

Neuaufgabe 2024, Reihe Kaplaken, Band 24, Verlag Edition Antaios (Gebundene Ausgabe), 8,50 Euro ISBN: 9783935063944

<https://antaios.de/gesamtverzeichnis-antaios/reihe-kaplaken/1106/konsensdemokratie.-die-politische-mitte-als-demokratieproblem>

In einer Demokratie sind „links“ und „rechts“ die maßgeblichen Kategorien für die politische Entscheidungsfindung des Volks. Dieser demokratische Mechanismus wird den Deutschen durch die linksextreme Verfassungsschutzkonzeption von vorherein durch eine autokratische „Mitte“ verwehrt. Es ist eine normale „liberale Demokratie des Westens“ ohne „Verfassungsschutz“ und ideologischen Parteiverboten anzustreben: Es gilt, die Rechts-Links-Dyade zu verwirklichen.